

Tegel –

Ein Zuhause für morgen



**Unsere Argumente für ein
Nein beim Volksentscheid
zur Offenhaltung**

BERLIN

SPD

Argumente zur Schließung Tegels

Ein NEIN beim Volksentscheid bedeutet ein JA für die Zukunft Berlins!

Mit der Schließung Tegels haben wir nicht nur die Chance, ein Stadtquartier neu zu entwickeln, sondern auch Berlin einen bedeutenden Schritt voranzubringen.

Arbeitsplätze für 20.000 Menschen

Mehr **Gesundheit** statt Lärm und Schmutz – bessere **Lebensqualität** für 300.000 Menschen

Ausbau des **Wissenschafts- und Forschungsstandortes** Berlin

Sicherheit geht vor!

Investitionen in **Bildung, Infrastruktur, Kultur und Sport** statt in Lärmschutz

Mehr Wohnraum – **9.000 Wohnungen** für alle Generationen

Mehr Grün für **Freizeit, Spiel und Sport**

► **Arbeitsplätze für 20.000 Menschen**

Bereits die Entwicklung von Adlershof zu Deutschlands größtem Wissenschafts- und Technologiepark zeigt das enorme wirtschaftliche Potential unserer Stadt. Berlin ist mutiger Vorreiter in vielen Bereichen mit internationaler Strahlkraft. Die Entwicklung eines High-Tech-Standortes in Tegel bedeutet einen weiteren Schritt für den Zukunftsstandort Berlin.

► **Gesundheit statt Lärm und Schmutz**

Gesundheit darf nicht vom Wohnort abhängen! Mit der Schließung des Flughafens Tegel wird die Lebensqualität von mehr als 300.000 Menschen unmittelbar verbessert. Die Schließung des Flughafens bedeutet rund 30 Prozent weniger Lärm für Berlin. Viele Menschen im Umfeld warten auf die Schließung! Hier muss die Politik auch ihr Versprechen einlösen! Auch die Berlinerinnen und Berliner profitieren davon, die nicht im direkten Tegel-Umfeld wohnen, denn der Feinstaub belastet die ganze Stadt.

► **Mehr Wissenschaft und Forschung**

Der neue Standort der Beuth Hochschule für Technik in Tegel bietet Platz für tausende Studentinnen und Studenten. Berlin wird so seine Rolle als etablierter Forschungs- und Wissenschaftsstandort weiter ausbauen. Die Finanzierung für die Beuth Hochschule ist bereits gesichert.

► **Sicherheit geht vor!**

Wir müssen die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner gewährleisten! Niemand würde heute einen innerstädtischen Flughafen genehmigen. Das Risiko ist zu groß. Sicherheit geht vor! Als Berlin durch eine Mauer geteilt war, hatte ein Flughafen im Herzen der Stadt seine Berechtigung – heute ist Berlin eine freie Stadt!

Tegel wird auch als Standort für die neue Berliner Feuerwehr- und Rettungsakademie benötigt: Sie braucht dringend wetterunabhängige Hallen zum Training lebensrettender Aufgaben.

► **Investitionen in die Zukunft**

Berlin braucht seine Steuereinnahmen für Investitionen in die Stadt. Nach der langen Zeit des Sparens, die der Stadt und den Menschen viel abverlangt hat, müssen wir unsere neuen finanziellen Spielräume sinnvoll nutzen. Wir müssen weiter in die Zukunft der Stadt investieren: Schulen und Straßen sanieren, Sport und Kultur stärken und Wohnungen bauen!

Große Fluggesellschaften werden nach Eröffnung des Flughafens Berlin-Brandenburg Willy Brandt dorthin wechseln. Ab diesem Moment ist der Flughafen Tegel nicht mehr profitabel! Mit Milliardenaufwand müssten u. a. das Flughafengelände, die Technik und die Startbahnen saniert werden. Hinzu kommen neue gesetzliche Regelungen, die Anwohnerinnen und Anwohnern einen besseren Lärmschutz garantieren. Das Geld, das dafür ausgegeben werden müsste, sollten wir besser und im Sinne aller Berlinerinnen und Berliner anlegen!

► **Mehr Wohnungen**

Auf der neu gewonnenen Fläche sind bis zu 9.000 Wohnungen geplant. Die Hälfte wird von unseren städtischen Wohnungsbaugesellschaften gebaut. Das garantiert Wohnraum mit günstigen Mieten. Für Familien ist die Neuentwicklung besonders attraktiv: Mit in Planung sind sechs Kitas, eine neue Grundschule und ein Jugendfreizeitzentrum. Auch für Studentinnen und Studenten soll gebaut werden.

► **Mehr Raum für Freizeit**

Wer in der Stadt arbeitet, braucht auch Raum für Erholung und Freizeit. Ein 250 ha großer Stadtpark bietet viel Platz für Sport und Spiel. Das Mehr an Grünfläche verbessert die Luft und sorgt für ein besseres Stadtklima.

Hintergrund zum Volksbegehren

► Wie verhält es sich mit der Bürgerbeteiligung?

Die SPD setzt sich für eine starke Bürgerbeteiligung ein! Unterschiedliche Lebensrealitäten und Erfahrungen aller Menschen bedeuten Ressource und Stärke für unsere Stadt. Die SPD wirbt für eine hohe Bürgerbeteiligung, weil sie eine wichtige Begleitung der repräsentativen Demokratie ist.

Eines ist dabei sehr wichtig: Das gesamtstädtische Interesse steht vor den Teilinteressen einzelner Gruppen.

Und: Volksentscheide sind ein zentrales Instrument der Partizipation! Dieses sollte juristisch sauber formuliert sein.

Wie wichtig der Koalition die Stärkung von Bürgerbeteiligung ist, unterstreichen Vorhaben im Koalitionsvertrag. So will die Koalition zum Beispiel die Online-Partizipation weiterentwickeln und ausbauen.

► Was ist die Besonderheit an diesem Volksentscheid?

Grundlage für den Entscheid ist kein ausformulierter Gesetzentwurf wie zum Beispiel bei der Abstimmung zum Tempelhofer Feld. Es handelt sich um einen wenig verbindlichen Appell:

„Der Flughafen Berlin-Tegel Otto-Lilienthal ergänzt und entlastet den geplanten Flughafen Berlin-Brandenburg Willy Brandt (BER). Der Berliner Senat wird aufgefordert, sofort die Schließungsabsichten aufzugeben und alle Maßnahmen einzuleiten, die erforderlich sind, um den unbefristeten Fortbetrieb des Flughafens Tegel als Verkehrsflughafen zu sichern.“

► Vom Volksbegehren zum Volksentscheid: Historie

Unter der Überschrift „Berlin braucht Tegel“ hat die FDP ein Volksbegehren mit dem Ziel eines Volksentscheides zur Offenhaltung des Flughafens Tegel angestoßen. Unterstützung erhält die Initiative durch den Verein „Pro Tegel“.

Um ein Volksbegehren zur Offenhaltung Tegels in Gang zu setzen, mussten die Initiatoren die gültigen Unterschriften von mindestens sieben Prozent der Wahlberechtigten bis zum 20. März 2017 einreichen (174.000). Insgesamt wurden 257.000 Unterschriften eingereicht, von denen rund 204.000 (30.000 mehr als nötig) gültig waren. Besonders hohe Unterschriftenanteile zur Offenhaltung hatten Charlottenburg-Wilmersdorf, Reinickendorf (!), Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg und Spandau.

Am 25. April beschloss der Senat, dass der Volksentscheid für einen Weiterbetrieb parallel zu den Bundestagswahlen am 24. September 2017 stattfindet.

► Welche Fristen sind zu beachten?

- 11. August Veröffentlichung des Wortlauts des Volksentscheides im Amtsblatt (inkl. Stellungnahmen Trägerin, Abgeordnetenhaus und Senat)
- 14. August Beginn des Versandes der Abstimmungsbenachrichtigung und der amtlichen Information zusammen mit der Wahlbenachrichtigung für die Bundestagswahl
Briefabstimmungsunterlagen werden ausgegeben!
- 3. September Spätester Zugang der Abstimmungsbenachrichtigung

► Wann ist der Volksentscheid erfolgreich?

Damit der Volksentscheid erfolgreich ist, müssen die Mehrheit der Teilnehmenden – und mindestens ein Viertel der Stimmberechtigten (→ mehr als 600.000) dem Anliegen zustimmen. Durch die Durchführung am Tag der Bundestagswahlen erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass das Quorum erreicht wird.

Die wichtigsten Fragen und Antworten

► Reichen die Kapazitäten am Flughafen Berlin-Brandenburg Willy Brandt?

2016 flogen 33 Millionen Passagiere über Tegel und Schönefeld. Bei Eröffnung des Flughafens Berlin-Brandenburg Willy Brandt wird mit 36 Millionen Passagieren gerechnet. Der neue Flughafen schafft die Abfertigung von 27 Millionen Passagieren. Hinzu kommen das Terminal Schönefeld SXF mit bis zu 13 Millionen und weiteren 8 Millionen Passagiere durch den bereits geplanten Terminal-Anbau für Billigflieger (Nordseite BER). Dafür reichen zwei Startbahnen aus.

► Muss Tegel bei Inbetriebnahme des Flughafens Berlin-Brandenburg Willy Brandt zwingend geschlossen werden?

Sechs Monate nach der Inbetriebnahme des BER soll Tegel geschlossen werden. Voraussetzung für das Planungsrecht für den Flughafen Berlin-Brandenburg Willy Brandt ist u. a. die Schließung des Flughafens Tegel. Dies wurde vom Bundesverwaltungsgericht ganz klar festgestellt (2006). In dem Urteil heißt es, dass „das Ausbauprojekt in Schönefeld und die Schließung der beiden Stadtflughäfen einander bedingen und untrennbar miteinander verbunden sind“. Würde Tegel folglich einfach parallel weiterbetrieben, stünde das im Widerspruch zur Planungsrechtfertigung für den Flughafen Berlin-Brandenburg Willy Brandt. Hier verstecken sich erhebliche rechtliche Risiken.

Zu bedenken ist auch, dass beim parallelen Betrieb beider Flughäfen die Flugrouten neu geregelt werden müssten. Das hätte eine weitere Lärm- und Gesundheitsbelastung für mehr Menschen zur Folge.

► Kann Berlin alleine über einen Weiterbetrieb entscheiden?

Nein! Brandenburg und der Bund haben als Anteilseigner ein Mitspracherecht und müssten einem Weiterbetrieb zustimmen. Beide lehnen einen Weiterbetrieb ab und halten am Konzept des „Single-Airports“ fest.

► Wäre ein Weiterbetrieb Tegels neben dem BER profitabel?

Das wird behauptet, ist aber ein Irrtum. Mit der Öffnung des Flughafens Berlin-Brandenburg Willy Brandt wird sich der Großteil des Flugverkehrs nach Schönefeld verlagern. Dem kostenintensiven Flughafenbetrieb stünden dann wesentlich reduzierte Einkünfte gegenüber. Außerdem müssten viele Investitionen z.B. im Bereich Sanierung der Gebäude und Startbahnen getätigt werden.

Ab 1. Januar 2019 gelten auch für Tegel gesetzlich erweiterte Schallschutzbestimmungen. Auch das würde zusätzlich viele Millionen Euro kosten, Geld, das Berlin dann nicht mehr für andere Investitionen zur Verfügung stehen würde.

► **Was steht im Koalitionsvertrag?**

„Im Interesse der Lärmentlastung breiter Bevölkerungsschichten und wegen der Auflagen in der Planfeststellung des BER und der fehlenden Genehmigung des Betriebs des Flughafens Tegel nach deutschem Recht wird der Flughafen Tegel geschlossen.“

► **Ist das Ergebnis des Volksentscheids für den Senat bindend?**

Im Gegensatz zu früheren Entscheiden haben die Initiatoren keinen Gesetzesentwurf zur Abstimmung vorgelegt. Es handelt sich um einen nicht verbindlichen Appell. Unterstrichen werden muss, dass die Offenhaltung für Tegel nicht in die alleinige Gesetzgebungskompetenz des Landes Berlin fällt! Berlin kann nicht allein handeln!

Zeichnung: Gerhard Seyfried



BERLIN

SPD

Mehr Informationen unter
www.tegel-volksentscheid.de